

## Radikale Linke wagen Referendum

Linksaußen-Parteien ergreifen das Referendum gegen das Polizeigesetz. Doch bereits das Zustandekommen wäre eine Überraschung. Denn auf echte Unterstützung von SP und Grünen hofften AL und Co. vergeblich.



Grosseinsatz der Polizei vor dem Zytglogge. Bild: Valérie Chételat

Lex Fahrende, Überwälzung der Polizeikosten auf Demonstrierende und Kompetenzen für private Sicherheitskräfte: Im Vorfeld gab das neue Polizeigesetz einiges zu reden. Letztlich passierte es am Dienstag den grossen Rat aber mit 123 Ja- zu 23 Nein-Stimmen geschmeidig. Zu geschmeidig, findet die Alternative Linke (AL). Die Partei hat deshalb beschlossen, gegen das Gesetz das Referendum zu ergreifen.

Unterstützung erhält die Partei von anderen linken Kleinparteien wie der PDA, der Grünalternativen Partei, der Jungen Alternative und den Juso. Auch die Demokratischen Juristinnen und Juristen sowie die Berner Reitschule sind im Komitee vertreten. Die grösseren Parteien aber zieren sich. Die Grünen Kanton Bern unterstützen das Referendum «politisch», wie Co-Präsidentin Natalie Imboden auf Anfrage sagt. Das bedeute, dass man das Anliegen zwar teile, sich aber nicht verpflichte, eine bestimmte Anzahl Unterschriften zu sammeln. Ähnlich tönt es bei der SP Stadt Bern: Co-Präsidentin Edith Siegenthaler spricht von einer «Low-Level-Unterstützung» – was ebenfalls meint, dass die Partei sich nicht verpflichtet, eine bestimmte Anzahl Unterschriften zu sammeln.

### Andere Referenden wichtiger

Die SP Kanton Bern hat noch nicht entschieden, ob sie dem Referendumskomitee beitreten wird. Allerdings spricht wenig dafür. So hat die Mehrheit der SP-Fraktion dem Polizeigesetz in der zweiten Lesung zugestimmt. Und selbst Gegner des Gesetzes äussern sich hinter vorgehaltener Hand eher skeptisch zum Referendum. Offen ist, ob dass das Grüne Bündnis (GB) dem Komitee beitrifft. Der Entscheid wird am Mittwochabend fallen. Wahrscheinlich ist, dass das GB dem Vorbild der Kantonalpartei folgt.

Die Zurückhaltung der grossen Linksparteien hat vor allem zwei Gründe: Mit den bereits beschlossenen Referenden gegen das Sozialhilfegesetz und gegen die Steuerreform sind die Parteien bereits ausgelastet. Und zweitens erachten sie es als praktisch aussichtslos, dass das Polizeigesetz an der Urne scheitern würde. David Böhner von der AL widerspricht nicht. «Ein Sieg wäre eine Sensation», sagt er auf Anfrage. Doch auch wenn es schwierig werde, sei es wichtig, dass ein solches «demokratiefeindliches» und «rechtsstaatlich heikles» Gesetz nicht

Fabian Christl 27.03.2018

### Neuer Wasserwerfer

«Umweltfreundlich» und «personalsparend»

Die Berner Kantonspolizei erhält einen neuen Wasserwerfer. Gestern hat der Grosse Rat den nötigen Kredit von 1,83 Millionen Franken genehmigt. Das neue Gefährt könne auch zur Brandbekämpfung und in Notfällen zur Trinkwasserversorgung verwendet werden, heisst es im Vortrag ans Kantonsparlament. Hauptsächlich dient der Wasserwerfer aber zur Auflösung von Demonstrationen – und das mit «vergleichsweise geringem Personalaufgebot». Der Regierungsrat weist auch auf eine «deeskalierende Wirkung» des Wasserwerfers, da bereits seiner Präsenz abschrecke. Die Anschaffung sei allerdings nicht nur personalsparend, sondern auch umweltschonend. So handelt es sich beim Modell, das damit ersetzt werden soll, um eine regelrechte Dreckschleuder. Es verursache «enorme Abgasemissionen in Form von Russpartikeln, Stickoxiden und CO<sub>3</sub>», heisst es dazu im Vortrag. Was mit diesem Modell geschieht, ist unklar. Die Reitschule hat – wohl nicht ganz ernsthaft – Kaufinteresse angekündigt, «um damit den Vorplatz zu reinigen». Und in der Ratsdebatte hat die BDP angeregt, den alten Wasserwerfer in der Entwicklungshilfe einzusetzen. (chl/sda)

### Polizeigesetz

Die umstrittenen Punkte

Der Kanton Bern erhält Anfang 2019 ein totalrevidiertes Polizeigesetz. Der Grosse Rat hat die zweite Lesung gestern abgeschlossen und das Gesetz mit 123 zu 23 Stimmen verabschiedet. Im Kern schafft das totalrevidierte Polizeigesetz eine neue Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton. Die Beiträge der Gemeinden werden pauschalisiert, das verringert den administrativen Aufwand für die Polizei und erhöht die Planungssicherheit. Einige Punkte sind aber höchst umstritten: Der Grosse Rat hat das Gesetz gegen den Willen des Regierungsrats um eine Lex Fahrende ergänzt. Sie sieht eine vereinfachte Wegweisung von Fahrenden vor. Der renommierte Verfassungsrechtler Rainer J. Schweizer kommt in einem Gutachten zum Schluss, die geplanten Gesetzesverschärfungen seien nicht mit dem in der Bundesverfassung verankerten Diskriminierungsverbot vereinbar. Das revidierte Polizeigesetz sieht die

einfach widerstandslos durchgewunken werde. Ihn stört insbesondere, dass das Gesetz eine Überwälzung von Polizeikosten an Organisatoren von Demonstrationen vorsieht (Text unten links). Laut Böhner führe dies zu einer Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit. «Ich werde mir künftig dreimal überlegen, ob ich eine Demo-Bewilligung einholen soll», sagt er.

### Woher 10 000 Unterschriften?

Für das Referendumskomitee wäre es bereits ein Erfolg, wenn überhaupt das Referendum zustande käme. Denn das ist überhaupt nicht sicher. Nötig sind 10 000 Unterschriften in drei Monaten. «Die Hürde ist hoch», sagt Böhner. Wer das stemmen soll, ist unklar. Die Junge Alternative etwa hat 250 Unterschriften zugesichert – und gehört in diesem Komitee noch zu den grossen Playern. Alle beteiligten Organisationen zusammen hätten rund die Hälfte der benötigten Unterschriften zugesichert, sagt Böhner. Wie diese genau aufgeteilt sind, sagt er nicht. «Wir hoffen, dass Einzelpersonen mithelfen und sich an der Sammlung beteiligen.» Und falls es sich abzeichne, dass das Quorum erreicht werden könne, hofft er, dass die Grossparteien «für den Schlusspurt» mit aufsprängen.

Bis jetzt nicht mit von der Partie sind die Gruppierungen, auf welche Teile des neuen Polizeigesetzes gemünzt sind. Angefragt hat die AL linksradikale Gruppierungen wie die «Revolutionäre Jugend Gruppe» zwar. «Wir haben da keine Berührungspunkte», sagt Böhner. Aber gehört habe man von dieser Seite her noch nichts. (Der Bund)

Erstellt: 27.03.2018, 20:09 Uhr

### Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein

Möglichkeit vor, Kosten von Polizeieinsätzen auf die Verursacher abzuwälzen. Veranstalter von Kundgebungen sollen in gewissen Fällen mit bis zu 30 000 Franken belangt werden können, wenn es zu Ausschreitungen kommt. (chl/sda)

---

### Artikel zum Thema

#### Sicherheitsassistenten mit Pfefferspray, aber ohne Polizeistatus



Das neue Polizeigesetz hat den Grossen Rat passiert. [Mehr...](#)

27.03.2018

#### Polizeigesetz prägt Januar-Session im Berner Rathaus

Die Arbeit der Polizei steht im Zentrum der Januar-Session, die der bernische Grosse Rat am kommenden Montag in Angriff nimmt. [Mehr...](#)

17.01.2018

---

### Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@derbund folgen](#)